

Pressemitteilung

23. Juli 2019

„Nicht die bestrafen, die sich bereits für den Job entschieden haben“

Ungerechtigkeit beseitigen: SoVD fordert Schulgeldfreiheit für alle

Hannover. Trotz einer Gesetzesänderung müssen diejenigen, die ihre Ausbildung in einem Gesundheitsberuf bereits begonnen haben, weiterhin Schulgeld bezahlen. Dass die Landesregierung an dieser Regelung weiterhin festhält, kritisiert der Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen scharf.

Von dem neuen Gesetz und der neuen Schulgeldfreiheit profitieren nur diejenigen, die 2019 ihre Ausbildung begonnen haben – alle anderen müssen weiterhin zahlen. „Das ist eine Ungerechtigkeit, die niemandem vermittelt werden kann“, sagt Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Die Landesregierung müsse dringend zum Start des neuen Schuljahrs nachbessern, fehlendes Geld im Haushalt sei kein Argument.

„Man kann nicht einerseits über den Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich jammern und gleichzeitig diejenigen, die sich bereits für den Job entschieden haben, bestrafen“, so Sackarendt weiter.

Niedersachsens größter Sozialverband unterstützt damit das Engagement von Grünen und FDP, die sich ebenfalls für eine Schulgeldfreiheit für alle starkmachen.

Nicht vergessen werden dürften dabei auch die Heilerziehungspfleger. Sie müssen für ihre Ausbildung noch immer Schulgeld zahlen. „Gerade im Hinblick auf Inklusion fehlt es Schulen an ausgebildetem Personal. Deshalb sollte die Landesregierung alles tun, um Nachwuchs zu finden“, fordert der SoVD-Chef. Ein wichtiger Schritt wäre es, die Schulgeldfreiheit auch für dieses Berufsbild abzuschaffen.

Mit mehr als 276.000 Mitgliedern insgesamt ist der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. der größte Sozialverband des Landes. Er ist gemeinnützig, überparteilich und konfessionell unabhängig. In rund 60 niedersächsischen Beratungszentren steht er seinen Mitgliedern bei Themen wie Rente, Pflege, Hartz IV, Behinderung, Gesundheit und Patientenverfügung/Vorsorgevollmacht kompetent zur Seite, vertritt sie gegenüber Politik, Behörden und vor den Sozialgerichten.